

durch teilnehmende Beobachtung zuvor gewonnene Erkenntnisse modifiziert und bestimmte Identifikationsmuster erarbeitet werden konnten.

Anknüpfend an das Thema Feldforschung in China präsentierten Björn Alpermann (Köln) und Anja Senz (Duisburg) in Form einer Podiumsdiskussion Gedanken und Erfahrungen im Bereich Feldforschung in China. Hierbei zeigten sie Grenzen und Möglichkeiten auf und regten eine lebhafte Diskussion unter den Teilnehmern an, die eigene Feldforschungserfahrungen beisteuerten. Abgerundet wurde der erste Tag durch Projektvorstellungen: Christine Winkelmann (Köln) stellte ein Projekt der Modernen China-Studien der Uni zu Köln vor, eine Patenschaft für ein Dorf mit AIDS-Waisen in der Provinz Henan zu übernehmen. Christian Göbel (Duisburg) machte ein Vorhaben der Organisation CANGO (China Association for NGO Cooperation, www.cango.org) bekannt, das es deutschen Studierenden ermöglicht, zunächst in einer deutschen und anschließend in einer chinesischen NGO ein Praktikum zu absolvieren.

Am zweiten Tag lag der thematische Schwerpunkt auf ökonomischen Fragestellungen. Andreas Oberheitmann (Essen) stellte einen ökonometrischen Analyseansatz vor, anhand dessen er einen Zusammenhang zwischen Pro-Kopf-Einkommen und Primärenergieverbrauch in China aufzeigte und Prognosen für das Ausmaß des zukünftigen Verbrauchs erstellte. In der lebhaften Diskussion über den Vortrag wurde erörtert, welche Voraussetzungen für eine ökonometrische Analyse als gegeben angenommen werden und inwiefern eine solche Analyse Lösungsansätze für politikwissenschaftliche Beratung bieten kann.

Stefan Brehm (Tübingen) beschäftigte sich im letzten Vortrag des Workshops schließlich mit dem chinesischen Wechselkursregime aus politökonomischer Perspektive. Er betrachtete die politischen Institutionen im Kontext nationaler und globaler Interessen und ging hier vor allem auf Forderungen US-amerikanischer Interessengruppen nach einer Abwertung des Yuan sowie die Reaktionen aus China ein. Besonders hervorheben sollte man die Verknüpfung von ökonomischer und diskursanalytischer Vorgehensweise, die deutlich machte, dass China auch im globalen Kontext sehr wohl in der Lage ist, sich mit US-amerikanischen Lobby-Gruppen zu messen. Wie jedes Jahr entwickelten sich trotz – oder vielleicht auch wegen – der thematischen Vielfalt spannende Diskussionen und lebendiger wissenschaftlicher Austausch, sodass beschlossen wurde, den Workshop in ähnlicher Konzeption auch im Jahre 2006 durchzuführen.

Christine Winkelmann

Reformen und institutioneller Wandel in der VR China

Loccum, 25. bis 27.2.2005

Chinas Recht in der Zukunft – Chinas Zukunft im Recht? Die Dynamik der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des heutigen China zwingt dazu, auch Rechtsfragen "dynamisch" zu beurteilen, d.h. nicht statisch anhand (oft nur temporärer) gesetzlicher Vorschriften, sondern perspektivisch anhand und unter Berücksichtigung der bisherigen und der weiteren voraussichtlichen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Dies setzt allerdings den "Blick über den Tellerrand" der reinen Rechtswissenschaft voraus und verlangt im Falle Chinas die Einbeziehung soziologischer, ökonomischer und vor allem auch politikwissenschaftlicher Fragestellungen und Erfahrungen.

Für einen solchen "Blick über den Tellerrand" sind chinawissenschaftliche Tagungen, an denen neben Juristen auch Politikwissenschaftler, Soziologen und Sinologen teilnehmen, in besonderer Weise geeignet. Nachdem in den letzten Jahren solche Tagungen vor allem vom

Ost-West-Kolleg in Brühl und von der Akademie des Klosters Weingarten durchgeführt worden waren, bot jetzt im Februar 2005 die Evangelische Akademie Loccum Gelegenheit zu Vortrag und Diskussion zum Thema "Reformen und institutioneller Wandel in der VR China". Zu den Referenten gehörten die Hochschullehrer Gunter Schubert (Tübingen), Thomas Heberer (Duisburg), Robert Heuser (Köln), Thomas Bernstein (New York), Jean-Pierre Cabestan (Paris), Chu Shu long (Shanghai) und Shih Chi yu (Taipei). Ferner die Direktorin des Instituts für Asienkunde Monika Schädlér sowie die Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik bzw. der Kulturstiftung des Bundes Kay Möller und Nora Sausmikat.

Auf der Suche nach Perspektiven einer rechtsstaatlichen Entwicklung in China verwies Schubert auf das Modell der "Good Governance" von Pan Wei. Dieses Modell versucht gewissermaßen unter Beibehaltung der Herrschaft der Kommunistischen Partei und einer fehlenden Direktwahl der Mitglieder des Nationalen Volkskongresses Rechtsstaatlichkeit ohne parlamentarische Demokratie zu garantieren. Vereinfacht gesagt versucht es, den Schritt vom "Rule by Law" zum "Rule of Law" ohne parlamentarische Demokratie zu vollziehen. Während Schubert in dem Modell eine realistische Perspektive sah, zog Heberer das Fazit eines Gedankenkonstrukts, das mit der Realität nichts zu tun habe. Das Besondere an dem Modell ist, dass es die Grundrechte der Meinungs-, Presse- und Organisationsfreiheit gewissermaßen losgelöst von demokratischen Teilhaberechten garantieren will. Von dem Konferenzteilnehmer Rolf Geffken wurde die These aufgestellt, dass allein die Implementierung des Rechts auf gewerkschaftliche Grundfreiheiten in diesem Modell tendenziell zu seiner Auflösung führen müsse. Das Modell gebe nämlich keine Antwort darauf, wie die wachsenden sozialen Konflikte im Zusammenhang mit dem ungebremsten Wirtschaftswachstum Chinas kanalisiert und aufgefangen werden könnten. Würden sie allerdings beispielsweise durch ein Streikrecht sowie eine garantierte Koalitionsfreiheit aufgefangen, so würde die Sprengkraft solcher Grundrechte vermutlich viel größer sein als die Einführung von Direktwahlen bei Reduzierung der führenden Rolle der Partei.

Dass sich die VR China im Bereich direkter Wahlen durchaus auf einem vorsichtigen, aber sichtbaren Weg in Richtung Demokratie befindet, entwickelte Bernstein in der Darstellung seiner Feldstudie über die Durchführung von Gemeindewahlen in der chinesischen Provinz. Bernstein meint beobachtet zu haben, dass hier tatsächlich Ansätze freier und geheimer Wahlen vorhanden sind, auch wenn viele auf der kommunalen Ebene gewählte Kandidaten zugleich Mitglied der KP seien. Er schätzte diese Gemeindewahlen durchaus als einen Schritt in Richtung parlamentarische Demokratie ein, verneinte aber die in der anschließenden Diskussion aufgeworfene Frage, ob solche Wahlen auch zu einer "Revitalisierung" der KP führen würden.

Die Analyse von Cabestan zur Zusammensetzung der Volkskongresse auf nationaler und auf Provinzebene war da wesentlich ernüchternder. Cabestan verwies darauf, dass die "Standing Committees" der Volkskongresse wesentlich bedeutsamer seien als die Volkskongresse selbst. Allein der Tagungsrhythmus der Kongresse (nur ein- bis zweimal pro Jahr) unterstreiche die real geringe Bedeutung dieser Organe. Allerdings meinte der Referent zu erkennen, dass die Volkskongresse weitaus selbstbewusster auch gegenüber den Regierungen auf regionaler Ebene auftreten würden als noch Jahre zuvor. Dabei gebe es durchaus wiederholt Versuche, sogar explizit gegen von der Partei entwickelte Vorstellungen aufzutreten.

Einen ganz anderen Aspekt demokratischer Legitimation untersuchte Shih, der über seine Untersuchungen zur Funktion und Struktur der sog. "Helping-The-Poor"-Teams in den ländlichen Provinzen berichtete. Diese Institutionen würden auf Kreis- und Kommunalebene über sehr wenig Mittel verfügen, sodass sie gegen die bestehende Armut auf dem Lande nur wenig ausrichten könnten. Viele Projekte dienten auch mehr dem Nachweis, dass man "etwas tue",

als einer nachhaltigen Veränderung der sozialen Situation auf dem Land. Allerdings hätten die Teams im Rahmen eines Feedbacks gegenüber den Regierungen eine bedeutende Funktion in der Vertretung der ländlichen Armut gegenüber der Exekutive.

Auf die zunehmende Verschärfung sozialer Konflikte in den Städten ging die Direktorin des Instituts für Asienkunde Schädler in ihrem Beitrag zu Chinas neuer Sozialpolitik ein. Sie arbeitete heraus, dass bis heute nur etwa 17% der Unternehmen in die Rentenkassen einzahlen würden, obwohl es ein landesweit existierendes Rentenversicherungssystem gebe. Auch die Finanzierung der Krankenversicherung sei nicht stabil. Die jährlichen Kosten würden pro Jahr um 26% ansteigen. Die Gefahr eines Systemkollapses sei vorhanden. Ergänzend wurde von dem Tagungsteilnehmern, darunter vom Berichterstatter, darauf hingewiesen, dass der wiederholt berichtete Missbrauch von Versicherungsfonds letztlich wohl nur durch strukturelle Änderungen verhindert werden könne, d.h. durch eine vollständige und effektive Trennung der Provinz- oder Regionalhaushalte von den jeweiligen Versicherungsfonds. Aus der Runde der Teilnehmer warf Chu die Frage auf, ob denn das deutsche Sozialstaatsmodell für China ein Vorbild darstellen könnte. Dies wurde in der Diskussion von Bernstein unter Hinweis auf die demographische Situation in Westeuropa und auch in den USA in Zweifel gezogen, wobei Geffken ergänzend berichtete, dass maßgebend für die Gefahr einer Kollabierung dieses Modells vor allem auch die Existenz einer strukturellen lang andauernden und umfangreichen Arbeitslosigkeit sei, sodass China eher das Modell einer Bürgerversicherung empfohlen werden sollte. Die Referentin ihrerseits vertrat die Auffassung, dass auf niedrigerem Niveau ein Modell angeboten werden sollte, das nicht für alle gesellschaftlichen Gruppen gelte, aber auch abgekoppelt sein sollte von der Beziehung der Versicherungsnehmer zu den Arbeitsverhältnissen.

In seinem Vortrag zum sog. "Kommunitarismus" als einer möglichen Antwort auf den Zerfall der "Danwei's" entwickelte Heberer die These, dass die in sog. Nachbarschaftsvierteln neu entstehenden Einwohnerräte durchaus eine Vorstufe zur politischen Partizipation darstellen würden. Zwar ginge es im Rahmen dieser Komitees zunächst nur um "soziale Partizipation". Tatsächlich aber sei nach seinen Feststellungen unverkennbar eine Legitimation auch und gerade von privater Autonomie innerhalb dieser Nachbarschaftsviertel. Arbeitsmigranten könnten an diesem Kommunitarismus zwar nicht partizipieren (obwohl auch hier bereits erste Ausnahmen zu verzeichnen seien), gleichwohl aber sei in der vielfältigen Wahrnehmung von reduzierten kommunalen Aufgaben (Nachbarschaftsfragen) ein gewisses Element der Dezentralisierung bei gleichzeitiger ansatzweiser sozialer Partizipation zu erkennen. Von einigen Konferenzteilnehmern wurde diese Analyse kritisiert. Die vom Referenten konstatierte soziale Partizipation wurde als "Schein-Partizipation" angesehen, die den Begriff einer Bürgerbeteiligung nicht verdiene.

Konkret und spezifisch ging auf die Entwicklung des chinesischen Rechts der bedeutende deutsche Rechtssinologe Heuser sowohl in seinem Referat ("Von der Herrschaft durch Recht zur Herrschaft des Rechts?") wie auch in einem umfangreichen Diskussionsbeitrag gegen Ende der Tagung ein. Heuser erkannte "deutliche Tendenzen der Verbesserung innerhalb des formalen chinesischen Rechtsgefüges und auch durchaus Elemente einer Entwicklung zu einem chinesischen Rechtsstaat". Tatsächlich sei aber China von der Erlangung elementarer rechtsstaatlicher Standards noch weit entfernt. Heuser kritisierte insbesondere die nach wie vor nicht garantierte Unabhängigkeit der Justiz. Nach einem Hinweis des Berichterstatters auf Erscheinungen der Korruption in der Justiz verschärfte der Referent diesen Aspekt, indem er sogar von einer vielfach bestehenden "offensichtlichen Korrumpierbarkeit" von Richtern sprach. Eine der Ursachen hierfür sei, dass die Finanzierung der Gerichte durch die Regionalregierungen immer noch nicht aufgehoben sei. Dieses müsse unbedingt beseitigt werden. Auf

der anderen Seite konstatierte der Referent einen kontinuierlichen Bedeutungszuwachs der Gerichte und zwar auch und gerade im Arbeitsrecht (nicht nur im Wirtschaftsrecht). Es gebe zwar Diskussionsansätze zu einem Konzept der Gewaltenteilung. Auch Schritte zu einem ordnungsgemäßen Enteignungsverfahren seien erkennbar. Der Referent kritisierte allerdings den Deutsch-Chinesischen Rechtsstaatsdialog. Er bedauerte, dass die wesentlichen Themen des Dialogs von der offiziellen chinesischen Seite bestimmt würden. Aus ihm völlig unverständlichen Gründen sei eines dieser prioritären Themen das "Notstandsrecht" gewesen. Wenn solche Themen künftig in dieser Weise diskutiert würden, könne man auch auf den Dialog verzichten. Hinzu käme, dass bei dem Dialog die Medien und z.B. auch die Rechtsstudenten nicht wesentlich beteiligt seien. Anwesend seien überwiegend nur juristische Akademiker, "also Kollegen". Diese würden die angesprochenen Fragen ohnehin meistens bestens kennen, sodass der Dialog kein wirklicher Länderdialog, sondern ein akademischer Dialog und zwar begrenzt auf bestimmte Themen sei. Andererseits befürwortete er eine Fortsetzung des bisherigen Projekts, weil dies immerhin ein "gewisser Anfang" in der Kommunikation beider Länder zu Thema Justiz und Recht sei.

Die Referate von Sausmikat, Möller sowie Chu berührten das Thema Recht und Gesellschaft nur am Rande. Tatsächlich aber stand im Zentrum der gesamten Tagung (trotz einer Minderheitenrolle von Juristen sowohl unter den Referenten wie auch unter den Tagungsteilnehmern) die Zukunft des chinesischen Rechts. Dass auf dem Weg zum "Rule of Law" erhebliche Fortschritte gemacht worden sind und weiter zu erwarten sind, war unstrittig. Andererseits lehnten zahlreiche Tagungsteilnehmer und auch Referenten den Vergleich mit der Vergangenheit ab und forderten den Vergleich mit international anerkannten Menschenrechtsstandards. Dass in diesen Bereichen die Fortschritte allerdings als marginal zu bezeichnen sind (gewerkschaftliche Grundfreiheiten, Demonstrationsrecht, Grundrechte von Minderheiten) war unter den Tagungsteilnehmern ebenfalls unstrittig. Der Referent Chu aus Shanghai vertrat die Auffassung, dass richtungsweisende Debatten eigentlich nur unter chinesischen Intellektuellen erkennbar seien. Er selbst sprach diesen Intellektuellen jedoch nur einen geringen Einfluss auf die Politik zu.

Die Tagung zeichnete sich – wie erwartet – nicht nur durch ein besonders hohes Niveau der Referate und der anschließenden Diskussion aus, sondern – leider – auch durch eine hohes Maß an "Diskussionsdichte". Die Tatsache, dass Referate und Diskussionen noch spät abends angesetzt waren und an der Tagung immerhin bis zu 100 (!) Teilnehmer mitwirkten, verdeutlicht die hohen Anforderungen, die derart "komprimierte" Tagungen an Referenten und Teilnehmer stellen. Nicht alle Referenten wurden diesen Anforderungen in didaktischer Hinsicht gerecht. Aufgrund der Referatsdichte konnten aber alle Teilnehmer einen erheblichen Erkenntnisgewinn, insbesondere auch über die Zukunft des chinesischen Rechts verzeichnen.

Rolf Geffken

Environment and Science – Concepts and Strategic Goals for the Future – eine Präsentation deutscher Umweltforschung in Japan

Tokyo, 9.-11.4.2005

Vom 9.-11.4.2005 fand in Tokyo o.a. Kongress als eine der Auftaktveranstaltungen der so genannten "Wissenschaftssäule" im Rahmen des Deutschlandjahrs statt. Konzipiert und in Zusammenarbeit mit der Außenstelle des DAAD in Tokyo und dem Universitätszentrum für Umweltwissenschaften an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg organisiert von den Professoren Peter Wycisk (Geologie) und Gesine Foljanty-Jost (Japanologie) von der